

**GERHARDS, JÜRGEN (unter Mitarbeit von MICHAEL HÖLSCHER) (2005), *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. ISBN 3-531-14321-2.**

Jürgen Gerhards, Inhaber des Lehrstuhls für Makrosoziologie am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, hat zu Beginn des Jahres 2005 ein Werk vorgelegt, das der seinerzeit hitzig geführten Debatte über Modalitäten eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union mit Sachargumenten und der Erklärung kultureller Unterschiede zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei begegnet. Gerhards beschreibt auf der Basis der Auswertung von juristischen Texten und Umfragedaten kulturelle Unterschiede zwischen den Ländern und versucht eine Erklärung der unterschiedlichen Werteorientierungen ihrer Bürger. Im weiteren geht Gerhards der Frage nach, ob und inwiefern die Beitrittsländer zum kulturellen Selbstverständnis der EU passen oder die EU-Erweiterung zu einer "kulturellen Überdehnung" führt.

Gerhards ist davon überzeugt, "dass das Gelingen einer Erweiterung der EU nicht alleine eine Frage ökonomischer Konvergenz ist, sondern auch eine kulturelle Komponente besitzt; die EU hat sich selbst im Zuge einer Vertiefung der Integration zunehmend als Wertegemeinschaft definiert" (54). Unter Kultur versteht Gerhards relativ stabile Vorstellungen über die wünschenswerte Struktur einer Gesellschaft, die von einer Mehrheit der Mitglieder bzw. Institutionen dieser Gesellschaft geteilt werden. Den Wertevorstellungen in den Gesellschaften geht Gerhards in den Bereichen Religion, Familien- und Geschlechterorientierungen, Wirtschaftseinstellungen, wohlfahrtsstaatliche Vorstellungen sowie Demokratie- und Gesellschaftsverständnis nach. Als normgebenden Bezugspunkt setzt der Autor "das kulturelle Selbstverständnis der EU, wie es sich im Primär- und Sekundärrecht findet" (54). Dieses Kulturverständnis spiegelt er mit (der Rekonstruktion von) Werteorientierungen in den Beitrittsländern, die über international vergleichende, repräsentative Bevölkerungsumfragen erfaßt wurden. Drei Variablenbereiche stehen im Vordergrund des Interesses und werden zur Erklärung differenter Kultur- und Wertevorstellungen herangezogen: a) der Modernisierungsgrad einer Gesellschaft, b) die kulturell-religiöse Tradition eines Landes und c) dessen politisch-institutionelle Ordnung. Dabei hebt Gerhards nicht auf die subjektive Welt als Innenwelt der Menschen ab, sondern auf "Werte, die sich auf die Organisationsform von Gesellschaft beziehen. Wir untersuchen die Kultur der Gesellschaft und bezeichnen damit die Vorstellungen einer gewünschten Gesellschaft" (21). Diese Vorstellungen sucht er in den Objektbereichen Religion, Familie, Ökonomie, Politik u.a. auf, aber auch bei den Trägern bzw. Subjekten der Kultur bei Differenzierung der Wertesphären (Geltungsunterschiede der Werte in den Objektbereichen). Wer Kultur gerade und besonders im Individuum verankert sieht, mag erstaunt sein ob des Verzichts des Autors auf einen methodologisch auch individualistischen Zugriff: "Als Soziologen sind wir nicht an individuellen Werten interessiert, Werten also, die idiosynkratisch nur von einer Person als wichtig erachtet werden" (22). Gerhards interessiert "sozial generalisierte Werte" (23), und für ihn rücken damit "kollektive Akteure und Institutionen" sowie "Bürger oder eine Subgruppe ... der Bürger einer Gesellschaft" (24) ins Blickfeld. Seine eigene Position bezeichnet er als "verfassungspositivistisch" (29). Quer zu einer Soziologie des sozialen Handelns liegt er auch, wenn er auf Werteorientierungen statt auf ebendas soziale Handeln abhebt. Er macht es sich zur Aufgabe, neben Beschreibung auch Erklärung von Differenzen zu liefern. Faktoren sind dabei: Modernisierung und Werteorientierung, kulturell-religiöse Traditionen und die jeweilige politisch-institutionelle Ordnung eines Landes. Unter der Graduierung nach Modernisierung hat man sich die Annahme vorzustellen, daß ökonomische Entwicklung und Wohlstand die Werteorientierungen beeinflussen. Als typisch gelten Leistungs- und Wettbewerbsorientierung, die Ablehnung von Fremdbestimmung und mitunter Säkularisierungsprozesse. Als Spezifika der postmodernen Gesellschaft werden gemeinhin Spaßorientierung, Freizeit und emotionale Orientierung genannt. Gerhards vermutet, daß "der Grad der Modernisierung einen Einfluss auf die Werteorientierung

ihrer Bürger hat" (40). Er sieht eine *kulturell-religiöse Traditionslinie* in den Ländern und setzt damit Kultur und Religion in eins. Er geht "*theoretisch* davon aus, dass die verschiedenen Religionsgemeinschaften, die es in der EU und den Beitrittsländern gibt, eigenständige Perspektiven im Hinblick auf eine ideale Gesellschaft entwickelt haben, und dass diese Vorstellungen die Gläubigen der Religionsgemeinschaften beeinflussen" (43). Schließlich nimmt er an, daß auch die "politisch-institutionelle Ordnung eines Landes einen Einfluss auf die Werteeinstellungen der Bürger hat ... (und daß eine differente Institutionenordnung, d.R.) zum Teil die Unterschiede in der Werteorientierung erklären kann" (43).

Gerhards rekonstruiert das Selbstverständnis der EU in den kulturellen Bestandteilen im Rahmen einer Inhaltsanalyse aus dem Primär- und Sekundärrecht der EU (u.a. aus dem zwischenzeitlich von Franzosen und Niederländern abgelehnten Verfassungsentwurf). Dazu gesellen sich repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu Werteorientierungen, wobei seine Hauptquelle die "European Values Study" (Europäische Wertestudie) von 1999/2000 ist ([www.europeanvalues.nl](http://www.europeanvalues.nl)). Damit ergibt sich, daß Gerhards eine Sekundäranalyse liefert, von der er selbst sagt, mit ihr "ein recht grobkörniges Bild der kulturellen Verfasstheit der Länder der europäischen Union und der Beitrittsländer zu zeichnen" (49). Er nimmt damit eine Position der Draufsicht ein, bei der "die einzelnen Menschen und Situationen aus dem Blick" geraten (49), sieht dieses Vorgehen aber als zwingend an, weil ein detaillierter Blick auf Gegebenheiten "die Sicht auf das Gesamte" verstellen würde (49).

Erstes Untersuchungsfeld ist die Religion. In der EU sieht Gerhards zwei zentrale rechtsverbindlich kodifizierte Wertorientierungen: *Säkulare Wertegemeinschaft, Religionsfreiheit und Toleranz gegenüber religiöser Pluralität*. Als Ergebnis hält er fest, daß "die Heterogenitäten der Einstellungen zur Religion durch die Erweiterung der Europäischen Union mit jedem Integrationsschritt deutlich zunehmen werden" (98). Bei den "alten", "neuen" Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten (am 01.05.2004 traten zehn Länder der Gemeinschaft der seinerzeit 15 EU-Länder bei, am 01.01.2007 folgten Bulgarien und Rumänien als Mitgliedsländer, d.R.) und der Türkei als Beitrittsaspiranten zeigt sich in Befragungen, daß "die EU-Position von den Mitgliedsstaaten am stärksten und dann von Gruppe zu Gruppe immer schwächer unterstützt wird. ... Vor allem in den protestantischen Ländern, aber auch in der Tschechischen Republik und Frankreich, findet man bei den Befragten eine starke Unterstützung der Religionsvorstellungen der EU, während in den restlichen katholischen, den orthodox-christlichen und vor allem den muslimisch geprägten Ländern die Trennung von Religion und Welt in deutlich geringerem Maße unterstützt wird" (97). Modernisierungsgrad einer Gesellschaft und säkulare Wertegemeinschaft korrelieren positiv miteinander.

Als nächstes Untersuchungsfeld nimmt der Autor die Wertevorstellungen hinsichtlich Familie und Geschlechterverständnis in den Blick. Als sehr wichtig betrachten 85,3 Prozent der Bürger den Bereich der Familie, hingegen nur 7,8 Prozent den Bereich der Politik. In Gesetzestexten bis hin zum geplanten Verfassungstext der EU kommt der Familie ein Sonderstatus zu, so etwa in Art. II-93 Absatz 1 der geplanten europäischen Verfassung: "Der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie wird gewährleistet." Die Mitgliedsländer der Union haben sich vertraglich verpflichtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern, worunter insbesondere die Gleichstellung im Wirtschaftsleben zu verstehen ist. Hierzu gehören der Aufbau einer außerfamiliären Kindererziehung und eine Aufhebung der traditionellen innerfamiliären Aufgabenwahrnehmung. Wie sich bereits im Feld der Religion gezeigt hatte, sinkt auch hier die Akzeptanz der gesetzlich vorgesehenen Leitsätze und Prinzipien in der Reihenfolge Alt-Mitgliedsländer bis hin zur Türkei, die die europäische Idealvorstellung von Familie und Geschlechterverständnis weitgehend ablehnt. Gerhards kann empirisch nachweisen, daß "die Nähe zum EU-Skript einer idealen Familie durch den Modernisierungsgrad einer Gesellschaft, den Grad der Institutionalisierung der Gleichberechtigung durch die Politik in einem Land, die Religionsorientierung und die Einbindung in die Kirche beeinflusst wird" (126). Ronald Inglehart (1997) schließt sich

Gerhards insofern an, als er betont, daß von Modernisierungsangleichungen, etwa wirtschaftlicher Art, nicht auf gleichgerichtete Veränderungen auf kultureller Ebene geschlossen werden dürfe: "Auch wenn die Entstehung und Ausprägung von Kultur in hohem Maße durch die ökonomische Entwicklung beeinflusst wird, erhalten die kulturellen Orientierungen dann eine Eigenständigkeit, die relativ immun gegenüber kurzfristigen ökonomischen Veränderungen ist" (126). Empirisch erweisen sich kulturelle Orientierungen als weitgehend stabil. Hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter diagnostiziert Gerhards demnach eine den bisher erfolgreichen Emanzipationsanstrengungen gegenläufige Tendenz in den osteuropäischen Ländern: "Die Repräsentanten der neuen Länder werden für diese Fragen (der bisherigen westeuropäischen Frauenbewegung, d.R.) weniger Interesse aufbringen, wenn sie sich an den Vorstellungen ihrer Bürger zu Familie und Geschlechterrollen orientieren" (127).

Die Europäische Union startete bekanntlich als europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Im gemeinsamen und sehr erfolgreichen wirtschaftlichen Handeln hat sich die europäische Gemeinschaft gefestigt. In diesem Bereich ist also mit der höchsten Angleichung und Konvergenz der Volkswirtschaften zu rechnen. Gerhards wartet auch in diesem Feld der Untersuchung mit interessanten Ergebnissen der Modernisierungsambivalenz auf. "So führt ein höherer Modernisierungsgrad zu größerem Vertrauen, erhöht die Unterstützung der Marktoffenheit und fördert die Ablehnung von Staatsinterventionismus. Gleichzeitig hat das Modernisierungsniveau negative Auswirkungen auf die Leistungs- und Wettbewerbsorientierung. ... Der Übergang von industrialisierten zu postindustrialisierten Gesellschaften führt zu einer geringeren Betonung von Leistung und Wettbewerb, stärkt aber die Vertrauens- und Offenheitsorientierung" (169). Das gesetzlich fundierte Selbstverständnis der EU hinsichtlich des Wirtschaftens faßt Gerhards wie folgt zusammen: Wettbewerbsorientierung, Marktoffenheit und eine eher passive Rolle des Staates sowie die Forderung einer Leistungsorientierung und eines generalisierten Vertrauens bilden die zentralen Elemente" (170). Aber gerade in dem Bereich der höchsterwartbaren Übereinstimmung konstatiert der Autor: "Die Erklärung der Wirtschaftseinstellungen der Bürger durch die drei Kontextgrößen ‚Modernisierung‘, ‚Religion‘ und ‚politisch-institutionelles Umfeld‘ ist nur mäßig gelungen. ... Je modernisierter ein Land ist, desto stärker befürworten die Bürger die Offenheit der Märkte, eine passive Rolle des Staates und desto eher zeichnen sie sich durch ein generalisiertes Vertrauen aus; zugleich hat der Grad der Modernisierung einen negativen Effekt auf die Leistungs- und Wettbewerbsorientierung. Praktisch umgekehrt wirkt dagegen ein sozialistisches Erbe" (171). An dieser Stelle zeigt sich der Verzicht des Autors auf eine Problematisierung des Begriffs Modernisierung besonders deutlich. Entsprechend bleiben die Aussagen zu diesem Kapitel blaß und wenig sprechend. Allein, "dichte Beschreibung" hat Gerhards nicht versprochen. Sie würde tiefere Erkenntnisse zutage fördern.

Gerhards widmet sich vor einer Bilanz seines gesamten Unternehmens den Untersuchungsfeldern "Wohlfahrtsstaatliche Ideen" sowie "Demokratie und Zivilgesellschaft". Hier agiert er ethnozentrisch, indem er beispielsweise Zivilgesellschaft als selbstverständlich voraussetzt. Ein echter Diskurs etwa mit der Türkei als einem Beitrittskandidaten differenter Selbstverständnisses hätte deutlich gemacht, daß die Anwendung auch bewährter Untersuchungskriterien von Zeit zu Zeit kritisch hinterfragt werden sollte. Wohlfahrtsgedanken beschreibt Gerhards in Rückgriff auf Mitterands und Delors' "Konzept des sozialen Raums" bzw. deren europäisches Sozialmodell. In Zeiten fast allumfassenden Neoliberalismus findet Gerhards die bisherigen Sozialfaktoren zitierenswert: Labour law on workers' rights, Employment, Equal opportunities, Anti-discrimination, Workers' participation, information and consultation, Social partner recognition and involvement, Social dialogue and collective bargaining, Involvement of civil society, Public services and services of general interest, Decent or "fair" wages, Social protection, Social inclusion, Fundamental working and social rights, Regional cohesion, Transnational social policies and tools (176, nach C. Vaughan-Whitehead 2003). Nicht anders als zu erwarten war, konstatiert Gerhards in der Frage des Wohlfahrtsstaatsgedankens der EU viel leere Rhetorik und gibt als rechtsverbindliche

Form ein Modell an, das "die Menschen vor den Grundrisiken schützt, die durch einen Wegfall der Erwerbstätigkeit entstehen können: Krankheit, Behinderung, Mutterschaft, Alter und Arbeitslosigkeit" (200f.). Auf Mutterschaft als ein "Grundrisiko durch Wegfall der Erwerbstätigkeit" hier näher einzugehen verbietet sich aus Gründen der Menschenfreundlichkeit. Gerhards decouvriert vollends eine neoliberale Denkrichtung, wenn er resümiert: "Die Eliten in fast allen Ländern drängen aus Gründen der Nichtfinanzierbarkeit auf eine Reduzierung wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten, und dies meist gegen den Willen ihrer Bürger" (202). Hier macht sich das Fehlen weitergehend differenzierten Wahrnehmens, Denkens und Analysierens besonders schmerzlich bemerkbar. Allein das gebetsmühlenartig vorgetragene Argument der Nichtfinanzierbarkeit wäre kritisch mit den Ertragsquoten der global agierenden Unternehmen zu spiegeln. Heraus käme dabei u.a., daß die Politik ihr einmal vorhandenes Primat gegenüber der Wirtschaft seit einiger Zeit nicht mehr wahrnimmt.

Hinsichtlich Demokratie und Zivilgesellschaft zitiert Gerhards aus dem Verfassungsentwurf: "Die Werte, auf denen die Union sich gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte" (Art. 2). Der Autor kommt zu folgendem Ergebnis: 80 Prozent der europäischen Bevölkerung unterstützt die (repräsentative) Demokratie, gleichwohl gibt es in einigen wenigen Ländern eine Affinität zu autoritären Regimen. Mit Blick auf die Errungenschaften der Zivilgesellschaft schließt sich Gerhards Oskar Gabriel (1994) an, der ernüchtert konstatierte: "der Prozeß der europäischen Integration (wird) seine Grenzen in den kulturellen Eigenarten der Mitgliedsstaaten finden" (Gabriel 1994: 131).

Gerhards resümiert, daß die Integration von Gesellschaften in die EU von ökonomischen und kulturellen Differenzen bestimmt ist. Ein stabiles Institutionengefüge wird seiner Analyse nach nur durch Kompatibilität mit den Wertevorstellungen der europäischen Bürger erreichbar sein. Dabei spielt s.E. der jeweilige Modernisierungsgrad eine entscheidende Rolle: "Je höher modernisiert ein Land ist, und je gebildeter seine Bürger sind, umso stärker werden die EU-Vorstellungen unterstützt. Aber auch die religiösen Traditionsbestände sind nicht zu vernachlässigen" (264). Huntingtons Annahme einer kulturellen Scheidelinie zwischen christlichen Religionen einerseits und Orthodoxie und muslimischem Glauben andererseits findet in Gerhards Momentaufnahme kultureller Befindlichkeiten keine Bestätigung. Für Gerhards aber hat sich vor allem gezeigt, daß "die Türkei in vielen Wertebereichen von den Wunschvorstellungen der EU abweicht. Insofern kann man behaupten, daß die Türkei kulturell nicht zur EU passt" (266). Gerhards verweist indes auf regelrechte Entwicklungssprünge in zu früheren Zeitpunkten der EU beigetretenen Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.

Gerhards Untersuchung klingt vielversprechend - jeder möchte über die kulturellen Unterschiede in der EU und in den Ländern der Beitrittsaspiranten möglichst gut informiert sein. Leider erfährt der Leser nicht allzuviel Neues. Der Autor zieht die jedermann zugänglichen Texte der EU heran, die ihr Selbstverständnis zum Ausdruck bringen. Darüber hinaus bietet das Werk eine Sekundäranalyse eines umfangreichen Datenbestandes der europäischen Wertestudie 1999/2000, der im Kölner Archiv für empirische Sozialforschung gespeichert ist. Einem Werk, das keine dichte Beschreibung kultureller Gemeinsamkeiten und Unterschiede anstrebt, kann deren Fehlen nicht angekreidet werden. Ein Werk der Draufsicht, dem Einzelheiten aber entgehen, macht Lust auf eine dichtere Beschreibung der von Gerhards dargelegten kulturellen Unterschiede in der EU. Daß dem Buch ein kompetenteres Lektorat und Korrektorat zu wünschen gewesen wäre, sei nur am Rande erwähnt.

Wie sagt Gerhards so schön bilanzierend auf S. 274: "Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse können helfen, politische Entscheidungen ein Stück weit zu rationalisieren." Schlimm stünde es um die politische Kultur, hätte er recht.

JÖRG WORMER  
(Ludwig-Maximilians-Universität München)

## Literatur

Gabriel, Oskar W., Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Frank Brettschneider, Frank & Gabriel, Oskar W. (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. S. 96-133. Opladen: Westdeutscher Verlag, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, 1994. (1. Aufl. 1992: Die EG-Staaten im Vergleich)

---

Copyright © 2007 *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht*

GERHARDS, JÜRGEN (unter Mitarbeit von MICHAEL HÖLSCHER) (2005), *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. ISBN 3-531-14321-2. Rezensiert von Jörg Wormer. *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht [Online]* 12: 2, 2007, 5 S.  
Abrufbar unter <http://zif.spz.tu-darmstadt.de/jg-12-2/beitrag/Gerhards.htm>